Offener Brief an die Stadt Karlsruhe Rücknahme der Bußgeldbescheide für Atomkraftgegnerinnen und -gegner

Stadt Karlsruhe Herrn Oberbürgermeister Heinz Fenrich - vorab per E-Mail zugleich an Gemeinderat und Medien

Karlsruhe, 18. Mai 2011

Rücknahme der Bußgeldbescheide für Atomkraftgegnerinnen und -gegner

Friedlicher Protest gegen Transport von hochradioaktivem Atommüll quer durch Karlsruher Wohngebiete am 15./16.2.2011 darf nicht kriminalisiert werden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Nacht vom 15. auf 16.2.2011 wurde ein CASTOR-Transport mit hochradioaktivem Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) in Eggenstein-Leopoldshafen in ein Zwischenlager nach Lubmin durchgeführt. Der Atommüll wurde über das S-Bahn-Netz der Linien S1 und S11 u.a. durch die Wohngebiete Leopoldshafen, Eggenstein, Neureut, Nordweststadt, Knielingen und den Hauptbahnhof durchgeführt. Die CASTOR-Behälter enthielten nach unseren Informationen 16 Kilogramm Plutonium und über 500 Kilogramm Uran.

Weder in der Bundesrepublik noch weltweit gibt es eine Lösung, was mit dem hochradioaktiven Atommüll geschehen soll. Weltweit gibt es noch kein einziges sicheres Endlager für hochradioaktiven Müll. Trotzdem wurde die gefährliche Fracht völlig überflüssiger Weise von einem Zwischenlager ins nächste verbracht – quer durch Deutschland und mitten durch Wohngebiete, mit all den damit verbundenen Risiken und Gefahren für die Bevölkerung.

Daher hatte ein breites Bündnis von Initiativen, Umweltverbänden und Parteien zum Protest und zivilem Ungehorsam gegen den zunehmenden Atommülltourismus und für die Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2011 zu einer "Nachttanzblockade" aufgerufen. An dieser Aktion nahmen zu nächtlicher Stunde bis zu 700 Personen teil. Die Medien haben übereinstimmend positiv über die friedliche Aktion berichtet.

Im Zuge des Protests kam es zu einer vorübergehenden friedlichen Sitzblockade auf einem Industriegleis in Karlsruhe-Neureut, auf dem zu diesem Zeitpunkt außer dem Castor-Transport keine weiteren Züge verkehrten. Von S-Bahnen wird dieser Streckenabschnitt nicht genutzt.

Mit seinem Beschluss vom 7. März 2011 hat das Bundesverfassungsgericht ein weiteres Mal bestätigt, dass auch Sitzblockaden einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten können und damit unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fallen.

Inzwischen haben nach unseren Informationen ca. 30 bis 40 Menschen einen gleichlautenden Bußgeldbescheid bekommen wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (§ 15 Abs.1, § 29 Abs.1 Nr.1 VslgG) und die Allgemeinverfügung der Stadt Karlsruhe vom 8.2.2011 sowie gegen die Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung (BOStrab). Die Geldbuße beträgt in der Regel 200,- € zzgl. 23,50 € Gebühren.

Die betreffenden Personen haben sich genauso friedlich wie die große Masse der anderen Versammlungsteilnehmenden verhalten, die - völlig zu Recht - von einer Bußgeldforderung verschont blieben.

AK für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen Karlsruhe, Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe (AKI), attac Offenburg, BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Bündnis 90/Die Grünen KV Karlsruhe-Stadt, Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe, Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet (BUZO), Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK Mittelbaden, Offenburg, Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe, Interventionistische Linke Karlsruhe, Linksjugend ['solid] Karlsruhe, MLPD Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten KV Karlsruhe

Offener Brief an die Stadt Karlsruhe Rücknahme der Bußgeldbescheide für Atomkraftgegnerinnen und -gegner

Der Atomunfall in Fukushima mit seinen dramatischen Auswirkungen für die Menschen in der gesamten Region hat leider unsere Befürchtungen über die Auswirkungen eines nuklearen Unfalls - 25 Jahre nach Tschernobyl - mehr als bestätigt. Die Menschen in der Region Fukushima und Tschernobyl wären heute froh, wenn sich mehr Menschen gegen diese Atomanlagen zur Wehr gesetzt hätten!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir sind der Meinung, dass diejenigen, die sich im Rahmen ihres zivilgesellschaftlichen Engagements an der Nachttanzblockade gegen den Atommülltourismus von hochradioaktiven Atommüll quer durch Deutschland und auf Straßenbahnschienen mitten durch Wohngebiete beteiligt haben, nicht mit Bußgeldbescheiden verfolgt und bestraft werden dürfen.

Wir fordern daher von der Stadt Karlsruhe und der Bußgeldstelle die Rücknahme der Bußgeldbescheide!

Wir fordern den Karlsruher Gemeinderat auf, sich für die Aufhebung aller Bußgeldbescheide und die Schaffung eines versammlungsfreundlichen Klimas in Karlsruhe einzusetzen!

Erstunterzeichnende:

AK für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen Karlsruhe, Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe (AKI), attac Karlsruhe, attac Offenburg, BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Bündnis 90/Die Grünen KV Karlsruhe-Stadt, Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe, Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet (BUZO), Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK Mittelbaden - Offenburg, Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe, Interventionistische Linke Karlsruhe, Linksjugend ['solid] Karlsruhe, MLPD Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten KV Karlsruhe

sowie:

Adolf Zippenfennig (Kehl-Neumühl), Adrian Mora (Karlsruhe), Alexander Salomon (MdL) (Karlsruhe), Andreas Karl (Schwanau), Andreas Kirchgeßner (Rheinau), Anete Wellhoefer (Karlsruhe), Anne Christoph (Offenburg), Annette Kretz (Karlsruhe), Arno Schäfer (Sasbachwalden), Bettina Lisbach (Karlsruhe), Boris Gullatz (Karlsruhe), Brigitte Kiechle (Karlsruhe), Cornelia Kowol (Karlsruhe), Dorothea Lehle (Karlsruhe), Dr. Eberhard Kuhn (Rheinstetten), Erich Vieser (Offenburg), Ernst Rattinger (Offenburg), Gertrud Zippenfennig (Kehl-Neumühl), Gudrun Krötz (Karlsruhe), Hans Jürgen Rettig (Kraichtal), Hans-Peter Goergens (Offenburg), Heike Nickel (Karlsruhe), Herbert Pitz (Karlsruhe), Ingo Laubenthal (Karlsruhe), Jochen Roddewig (Kuppenheim), Jochen Walter (Schutterwald), Johannes Braasch (Karlsruhe), Jörg Rupp (Malsch), Julien Schröder-Gianoncelli (Karlsruhe), Karola Magerl-Feigl (Karlsruhe), Klaus Krug-Beutner (Karlsruhe), Kuteer Helga Schäfer (Sasbachwalden), Martin Stein (Appenweier), Martina Welle-Basler (Oberkirch), Matthias Krings (Karlsruhe), Niko Fostiropoulos (Karlsruhe), Nils Goldbeck (Karlsruhe), Dr. Peter Schlötter (Karlsruhe), Peter Wallmeier (Offenburg), Rainer Stephan (Karlsruhe), Sabine Just-Höpfinger (Karlsruhe), Sabine Thielicke (Karlsruhe), Sabine Zürn (Karlsruhe), Sibille Martin (Karlsruhe), Siegfried Walter (Friesenheim), Stefan Kühner (Karlsruhe), Stefanie Moritz (Karlsruhe), Dr. Susanne Heynen (Karlsruhe), Tina Grahl (Karlsruhe), Dr. Tomas Martin (Karlsruhe), Dr. Ullrich Lochmann (Rheinstetten), Virginia Irish (Karlsruhe), Werner Auer (Karlsruhe), Wolfgang Eppler (Ettlingen), Wolfram Treiber (Karlsruhe)

AK für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen Karlsruhe, Aktionskreis Internationalismus Karlsruhe (AKI), attac Offenburg, BUND Regionalverband Mittlerer Oberrhein, Bündnis 90/Die Grünen KV Karlsruhe-Stadt, Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe, Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet (BUZO), Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK Mittelbaden, Offenburg, Grüne Hochschulgruppe Karlsruhe, Interventionistische Linke Karlsruhe, Linksjugend ['solid] Karlsruhe, MLPD Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten KV Karlsruhe